

FREISTAAT



# FREISTAAT

*Eine Diagnose  
des deutschen Machtverfalls*

Reinhard Brückner

© 2026 Remote Native GmbH (Subversion Press). Alle Rechte vorbehalten.  
Veröffentlicht von Subversion Press, einem Imprint der Remote Native GmbH  
Joergstr. 29, 80689 München, Deutschland

ISBN (Paperback): 978-3-9828901-3-5

ISBN (ebook): 978-3-9828901-2-8

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [dnb.dnb.de](http://dnb.dnb.de) abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert, in einem Abrufsystem gespeichert oder in irgendeiner Form oder mit irgendwelchen Mitteln – elektronisch, mechanisch, durch Fotokopie, Aufzeichnung oder auf andere Weise – übertragen werden, außer durch einen Rezensenten, der kurze Passagen in einer Rezension zitieren darf.

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß § 44b UrhG („Text und Data Mining“) zu gewinnen, ist untersagt.

Trotz sorgfältiger Recherche übernimmt der Verlag keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte. Die in diesem Buch dargestellten Ansichten und Meinungen sind die des Autors und spiegeln nicht notwendigerweise die offizielle Position des Verlags wider.

„Reinhard Brückner“ ist eine KI-Persona des Verlags Subversion Press. Dieses Buch wurde von einem Sprachmodell verfasst, in mehreren Schritten lektoriert und gegen Primärquellen faktengeprüft; die inhaltliche Verantwortung und redaktionelle Endabnahme trägt der Verlag. Subversion Press legt Entstehung und Autorenschaft jedes Titels offen ([subversionpress.de](http://subversionpress.de)).

Erstausgabe 2026.

Satz und Gestaltung: Subversion Press

Umschlaggestaltung: Subversion Press

Druck und Vertrieb Bookmundo

Es gilt deutsches Recht. Gerichtsstand ist München.

[projekt-freistaat.de](http://projekt-freistaat.de)

[freistaat@projekt-freistaat.de](mailto:freistaat@projekt-freistaat.de)

Reinhard Brückner schreibt, was Institutionen  
hoffen, dass Sie nicht bemerken.



# Inhalt

|                                        |     |
|----------------------------------------|-----|
| Zwölf Thesen .....                     | 1   |
| Prolog .....                           | 4   |
| Die Last, deutsch zu sein.....         | 22  |
| Stark ohne Selbstgefühl .....          | 49  |
| Der Moment der sichtbaren Nation ..... | 78  |
| Offenheit ohne Grenze .....            | 106 |
| Der ausgenutzte Sozialstaat.....       | 138 |
| Wenn der Rechtsstaat weich wird .....  | 171 |
| Die Politik der Feigheit .....         | 200 |
| Entwaffnete Macht.....                 | 229 |
| Das Ende des Modells .....             | 256 |
| Der ausgebrannte Staat.....            | 284 |
| Die populistische Versuchung .....     | 313 |
| Was sich ändern muss .....             | 339 |
| Freistaat.....                         | 373 |
| Epilog.....                            | 395 |
| Nachwort der Maschine.....             | 402 |
| Quellen und Nachweise .....            | 406 |
| Anmerkung des Verlags .....            | 407 |
| Über den Autor.....                    | 408 |
| Am Ende steht eine Entscheidung.....   | 409 |







# **Zwölf Thesen**

1. Deutschland hat ein Identitätsdefizit. Dies ist die Wurzel aller Krisen. Das Land kennt sich selbst nicht und diese Ungewissheit vergiftet jeden Politikbereich – von der Migrationspolitik bis zur Sicherheitspolitik. Ein Land ohne Selbstverständnis hat keinen Kompass.
2. Der Wohlstand taugt nicht als einzige Grundlage einer Nation, sondern nur Ersatz für sie. Solange es dem Westen gutging, ließen sich die Fragen nach Identität, Sinn und Zusammenhalt verdrängen. Jetzt zeigt sich: Wohlstand allein hält nichts zusammen.
3. Der Mauerfall, die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 und die Willkommenskultur waren Episoden, nicht Wendepunkte. Keiner dieser Momente wurde politisch genutzt, um eine echte nationale Aufarbeitung zu leisten oder ein neues Selbstverständnis zu formulieren. Das Land ließ sich treiben.
4. Die Behandlung der Zuwanderung nach Deutschland ist vielfach ein Schauplatz des politischen Scheiterns. Die Gründe, warum Menschen nach Deutschland wollen, sind vielfältig: Politische Verfolgung, Krieg, Katastrophen, Hunger Arbeitslosigkeit, um nur einige Beispiele zu nennen. Ebenso vielfältig sind die Handlungsnotwendigkeiten für Politik und Gesellschaft. Gibt es keine Übereinstimmung zur Lösung der Probleme, wird jeder Zuwanderer zum Politikum – für die Gesellschaft und für ihn selbst.

5. Die Legitimation des Sozialstaates gerät ins Wanken; nicht nur deshalb, weil seine Leistungen zu großzügig sind, sondern weil die Gerechtigkeit erodiert. Grundsicherung darf finanziell nicht mehr bringen als Niedriglohnarbeit. Wer sich abrackert, darf nicht schlechter dastehen als derjenige, der nicht arbeitet.
6. Die Durchsetzungsstärke des Rechtsstaates löst sich auf: Gesetze ohne stringenten Vollzug, Gerichte ohne ausreichende personelle Kapazitäten, das staatliche Gewaltmonopol auf dem Rückzug, es leidet an struktureller Auszehrung.
7. Politische Feigheit ist nicht nur Charakterschwäche von Einzelnen, sondern ein Strukturmerkmal des Systems. Die Anreize sind so gesetzt, dass Vermeidung von Konflikten belohnt wird. Wer schwierig wird, scheitert; wer sich wegduckt, macht Karriere.
8. Deutschland hat seine militärische Sicherheit ausgelagert und kassiert jetzt die Rechnung. Ein Land, das nicht für sich selbst eintreten kann, hat weniger oder schlimmstenfalls gar keinen Einfluss mehr in der Welt.
9. Das deutsche Geschäftsmodell hält nicht mehr: Energiekosten, Fachkräfteverlust, Beamtenapparat, technologischer Verzug. Der Standort verliert seinen Standortvorteil. Das ist keine Frage der Perspektive, sondern eine nüchterne Bilanz.
10. Deutschlands Institutionen sind nicht korrupt und nicht böseartig – nur ermattet. Zu viele Regeln, zu wenig Personal. Veraltete Technologie. Behörden sollen für die Bürger arbeiten, wenn sie nicht funktionieren, verfehlen sie ihren Auftrag.

11. Der Aufstieg der AfD ist nicht das Resultat von zu viel Wahrheit, sondern von zu wenig. Die Menschen wählen einen Gegenpol, wenn die etablierten Parteien hier versagen. Populismus ist eine Diagnose, keine Erklärung.

12. Billige Freiheit ist das Ducken vor Verantwortung; echte Freiheit ist Handlungsfähigkeit zur Übernahme von Verantwortung – und die gibt es nur, wenn eine Gemeinschaft sich selbst kennt und sich selbst trägt. Deutschland steht vor dieser Wahl. Der Freistaat ist die Antwort auf die falsche Freiheit.

*Dieses Buch ist keine Anklage. Es ist eine Einladung zur Ehrlichkeit.*

# Prolog

*Ich bin nicht gegen Menschen. Ich bin gegen Selbstaufgabe.*

Es gibt einen Moment, in dem das Schweigen aufhört, erträglich zu sein. Nicht weil die Lage plötzlich dramatisch geworden wäre. Sondern weil man bemerkt, dass man sich an den Verfall gewöhnt hat. Dass man die eigene Unfähigkeit, den eigenen Unwillen, Dinge beim Namen zu nennen, irgendwann für Haltung hielt. Dass man das Ausweichen für Reife gehalten hat und das Verstummen für Besonnenheit.

Dieses Buch ist das Ergebnis einer langen Gewöhnung – und ihres Endes.

Es ist das Land, in dem die Generation aufwuchs, für die ich dieses Buch schreibe – in einer Zeit, in der es aufstieg. Wiedervereinigung, wirtschaftliche Stärke, europäische Integration, die leise Überzeugung, dass die Bundesrepublik ein gelungenes Projekt sei – nicht perfekt, aber lernfähig, ein Staat, der aus seinen dunkelsten Kapiteln etwas gelernt hat. Ein Staat, der seine Industrie wieder aufbaute, seine Demokratie festigte, seinen Platz in Europa fand. Menschen haben in diesem Land gelebt, gearbeitet, Steuern gezahlt, ihre Kinder in seine Schulen geschickt. Sie haben an seine Institutionen geglaubt – nicht blind, sondern mit der nüchternen Zuversicht derer, die wissen, dass Institutionen besser funktionieren als Ideologien, wenn man sie pflegt.

Viele sind geblieben, als andere gingen. Nicht aus Trägheit, sondern aus Überzeugung: Dieses Land kann seine Probleme lösen, wenn es sie ernst nimmt. Das ist die Haltung, aus der heraus dieses Buch geschrieben ist.

Ich glaube das immer noch. Aber ich glaube nicht mehr, dass es geschieht, solange niemand ausspricht, was sichtbar ist.

Der Titel dieses Buches – Freistaat – ist keine nostalgische Anspielung. Er ist eine These. Deutschland hat das Wort Freiheit entkernt. Was in diesem Land als frei gilt, ist zu oft die Freiheit, nicht entscheiden zu müssen, die Freiheit, nicht Position beziehen zu müssen, die Freiheit, nicht handeln zu müssen, weil die Verantwortung immer bei jemand anderem liegt.

Freistaat ist die deutsche Übersetzung von Republik – res publica, die öffentliche Sache. Freistaat ist ein Gemeinwesen, das seine Angelegenheiten selbst regelt und die Verantwortung für die Konsequenzen trägt.

Dieses Buch unterscheidet zwischen zwei Formen von Freiheit: der billigen Freiheit der Vermeidung – frei von Verantwortung, frei von Konsequenz, frei von Ehrlichkeit – und der echten Freiheit, die einen Freistaat ausmacht: die Fähigkeit zu handeln, die Bereitschaft zu entscheiden, der Mut, für die Folgen einzustehen. Diese Unterscheidung zieht sich als roter Faden durch jedes Kapitel.

Was in Deutschland geschieht, ist keine Katastrophe im theatralischen Sinn. Es gibt keinen Zusammenbruch, keinen Putsch, keinen Krieg auf deutschem Boden. Die Züge fahren – meistens. Die Wirtschaft produziert – noch. Die Demokratie funktioniert – formal.

Wer das Land von außen betrachtet, sieht Wohlstand, Ordnung, Stabilität. Und wer nur die Oberfläche betrachtet, hat keinen Anlass zur Sorge.

Doch unter dieser Oberfläche hat sich etwas verschoben. Nicht dramatisch, nicht plötzlich, aber stetig und in eine Richtung, die sich nicht mehr als vorübergehend erklären lässt. Es ist ein leiser, schleichender Autoritätsverlust. Kein Machtverlust im Sinne eines Putsches, sondern ein Verlust an Steuerungsfähigkeit, Glaubwürdigkeit und Selbstachtung.

Die Zahlen zeigen einen Teil der Geschichte. In den Eurobarometer-Erhebungen der vergangenen Dekade ist das Vertrauen der Deutschen in ihre nationalen Institutionen unter Druck geraten. 2023 vertrauten europaweit nur rund 34 Prozent der Bürger ihrer jeweiligen nationalen Regierung; Deutschland lag mit knapp der Hälfte zwar über diesem Durchschnitt – doch auch das war kein Vertrauensbeweis, sondern ein anhaltender Tiefstand.

Der Bruch der Ampel im November 2024 und die Bundestagswahl im Februar 2025 haben den Vertrauensverlust nicht gestoppt, sondern nur den Adressaten gewechselt: Auch die Regierung Merz startete in Umfragen mit Zustimmungswerten deutlich unter dem historischen Mittel.<sup>1</sup> Das Edelman Trust Barometer zeichnete ein ähnliches Bild:

---

<sup>1</sup> Infratest dimap / ARD-DeutschlandTrend (Mai 2025): Erste Bewertung der neuen Bundesregierung. Nur 28 % der Befragten zeigten sich mit der Arbeit der Regierung Merz kurz nach Amtsantritt „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“. Damit lag der Startwert signifikant unter den Antrittswerten der Kabinette Scholz (2021: 51 %) und Merkel IV (2018: 43 %) und unterstreicht die tiefe strukturelle Skepsis gegenüber der Problemlösungskompetenz des politischen Establishments insgesamt. [Beleg: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/>]

Über mehrere Jahrgänge hinweg gehörten die Deutschen zu den pessimistischsten Befragten westlicher Demokratien bei der Frage, ob es ihnen in fünf Jahren besser gehen werde. Das sind keine Zahlen eines kollabierenden Staates.<sup>2</sup> Aber es sind die Zahlen eines Landes, das das Vertrauen in seine eigene Zukunftsfähigkeit verliert – und zwar nicht gegenüber einer bestimmten Regierung, sondern gegenüber dem politischen System als Ganzem.

Deutschland steuert nicht mehr. Es verwaltet. Es reagiert, statt zu gestalten. Es hat Regeln, die es nicht durchsetzt. Werte, die es formuliert, aber nicht verteidigt. Grenzen, die es theoretisch bejaht, aber praktisch nicht kontrolliert. Einen Sozialstaat, der großzügig ist, aber nicht mehr als gerecht erlebt wird. Eine Infrastruktur, die langsam, aber sichtbar verfällt. Eine Verwaltung, die das Digitale wie eine Bedrohung behandelt. Eine politische Klasse, die mit jeder Legislaturperiode größere Worte findet – und kleinere Ergebnisse liefert.

Das ist kein Zufall und kein Pech. Es ist das Ergebnis einer systematischen Vermeidung. Einer politischen Kultur, die Probleme lieber umbenennt als löst, Konflikte lieber moderiert, als entscheidet und den Verlust an Handlungsfähigkeit so lange als Weltoffenheit deutet, bis die Welt diese Offenheit nicht mehr als Stärke, sondern als Einladung liest.

Es ist kein einzelnes Ereignis, das dieses Buch ausgelöst hat. Kein Anschlag, kein Wahlabend, kein Zeitungsartikel. Es ist die Summe.

---

<sup>2</sup> Edelman Trust Institute: Edelman Trust Barometer 2023, Global Report, 2023 (zum internationalen Ländervergleich des wirtschaftlichen Optimismus). [Beleg: <https://www.edelman.com/de/de/research/2023-edelman-trust-barometer>]

Die Wiederholung. Die Vorhersehbarkeit. Die Gewissheit, dass die nächste Krise genauso verwaltet wird wie die letzte: mit Empörung am ersten Tag, mit Ausweichen in der ersten Woche, mit Vergessen im ersten Monat.

Man stelle sich ein Abendessen im Herbst 2022 vor, wenige Monate nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine – eine Szene, wie sie sich in diesem Land tausendfach abgespielt hat. Die Runde besteht aus Unternehmern, Beamten, einer Ärztin, einem Lehrer – keine Extremisten, keine Aktivisten, sondern die Mitte, die dieses Land trägt. Das Gespräch beginnt beim Gas. Wie konnte es geschehen, dass eine der größten Volkswirtschaften der Welt ihre Energieversorgung an einen Autokraten gekettet hatte? Dann geht es weiter: die Brücken, die gesperrt werden; die Schulen, in denen Grundschüler nicht mehr lesen können; die Behörden, in denen Asylverfahren drei Jahre dauern; die Bundeswehr, die als „bedingt einsatzbereit“ eingestuft wird – ein Euphemismus, den jeder Offizier als diplomatische Umschreibung für „kaputt“ übersetzt.

Jeder am Tisch hatte eine Geschichte. Niemand hatte eine Erklärung. Und irgendwann sagte jemand den Satz, der dieses Buch in Bewegung gesetzt hat: „Wir reden alle über dieselben Probleme – aber immer nur unter uns, nie öffentlich, nie laut genug.“

Diese Szene war nicht einzigartig. Sie wiederholt sich täglich, in tausenden Küchen und Wohnzimmern dieses Landes. Ein informeller Konsens, der nie zur öffentlichen Debatte wird, weil die Kosten des Aussprechens höher sind als die Erleichterung des Gehörtwerdens.

Eine zweite Szene, die leider kein Einzelfall ist: Ein Kind kommt aus der Schule und erzählt von einem Klassenkameraden, dessen Vater seit drei Jahren auf einen Asylbescheid wartet. Drei Jahre! Der Junge spricht inzwischen besser Deutsch als manche seiner Mitschüler. Sein Vater arbeitet nicht – nicht, weil er nicht wollte, sondern weil er nicht durfte. Das System, das ihn schützen sollte, hält ihn in der Schwebe. Es ist weder großzügig noch streng. Es ist einfach langsam. Und in dieser Langsamkeit liegt eine Grausamkeit, die niemand beabsichtigt hat und die dennoch niemand beendet. Das ist Deutschland in einem Bild: nicht böse, nicht gleichgültig, sondern unfähig, seine eigenen Entscheidungen in angemessener Zeit umzusetzen.

Die Flüchtlingskrise, in der ein Staat seine Grenzen öffnete und die Frage nach Kapazität, Ordnung und Konsequenz zur moralischen Zumutung erklärte. Die Energieabhängigkeit von Russland, die jahrelang als Diplomatie durch Handel verkauft wurde, bis sie sich als strategische Fahrlässigkeit entpuppte. Die industrielle Schwäche, die als grüne Transformation verkleidet wird, obwohl niemand erklären kann, welche Industrien die alten ersetzen sollen. Die Schulen, in denen laut IQB-Bildungstrend rund 19 Prozent der Viertklässler den Mindeststandard im Lesen verfehlen.<sup>3</sup> Die Brücken, die gesperrt werden – allein in Nordrhein-Westfalen stuft die IHK NRW (Brückenmonitor von IHK NRW und RWTH Aachen) bis 2024 rund 2.500 Brücken als sanierungsbedürftig ein, fast 800 davon als mangelhaft; der Sprengfall der Talbrücke Rahmede (Sprengung am 7.

---

<sup>3</sup> Stanat, Petra et al. (Hrsg.): IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe, Münster 2022. Rund 19 % der Viertklässler verfehlten den Mindeststandard im Lesen. [Beleg: <https://www.iqb.hu-berlin.de/de/schule/primarstufe/bildungstrend/2021/>]

Mai 2023, Sperrung seit Dezember 2021) ist zwei Jahre nach der Abrissentscheidung immer noch Symbol einer Infrastruktur, die nicht wartet, sondern zusammenbricht.<sup>4</sup> Die Behörden, die Faxgeräte benutzen. Die Bundeswehr, die als „bedingt einsatzbereit“ eingestuft wird.<sup>5</sup>

Wer das alles aufzählt, macht sich verdächtig. Das ist das Symptom, das am meisten über den Zustand dieses Landes verrät.

In Deutschland hat sich ein Diskursmechanismus etabliert, der Kritik nicht widerlegt, sondern einsortiert. Wer über gescheiterte Integration spricht, ist fremdenfeindlich. Wer den Sozialstaat für überdehnt hält, ist unsozial. Wer Ordnung fordert, ist autoritär. Wer Leistung betont, ist neoliberal. Wer über Kriminalität spricht und dabei Herkunft erwähnt, ist rassistisch. Wer das alles gleichzeitig denkt, ist wahrscheinlich rechts – jedenfalls in den Augen derjenigen, die den Deutungsrahmen setzen.

Dieser Mechanismus ist nicht das Ergebnis einer Verschwörung. Er ist nicht von oben verordnet. Er ist das Ergebnis einer politischen

---

<sup>4</sup> Zu den über 800 massiv geschädigten, von (Teil-)Sperrungen oder akutem Sanierungsbedarf betroffenen Brücken in Nordrhein-Westfalen vgl. IHK NRW / RWTH Aachen: Brückenmonitor NRW, Düsseldorf 2023. [Beleg: <https://www.ihk-nrw.de/hauptnavigation/presse/medieninformationen-2025/pm-20250310-brueckenmonitor-6495744>]

<sup>5</sup> Vgl. zur mangelnden materiellen Einsatzbereitschaft und den strukturellen Defiziten: Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Jahresbericht 2023 (65. Bericht), BT-Drs. 20/10500, S. 42ff. Sowie: Bundesrechnungshof, Bericht nach § 99 BHO über das Sondervermögen Bundeswehr und die Modernisierung der Streitkräfte, Oktober 2023 / März 2024. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) hat den detaillierten Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme im Jahr 2023 aus geopolitischen Sicherheitsgründen als „VS-Geheim“ eingestuft und damit der direkten parlamentarischen und öffentlichen Vollenksicht entzogen. [Beleg: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/105/2010500.pdf>]

Kultur, die aus der Geschichte eine Lehre gezogen hat, die zunächst richtig war – und dann zur Falle wurde. Die Lehre lautete: Nie wieder darf deutsches Nationalgefühl unkontrolliert werden. Nie wieder darf Zugehörigkeit in Ausgrenzung kippen. Nie wieder darf der Staat seine Macht missbrauchen.

Das war richtig. Es bleibt richtig. Die historische Verantwortung, die Deutschland aus dem zwanzigsten Jahrhundert mitträgt, ist kein Ballast, der irgendwann abgeworfen werden kann. Sie ist Teil der politischen Identität dieses Landes, und sie sollte es bleiben.

Aber irgendwann ist aus der Vorsicht eine Reflexhemmung geworden. Aus der Sensibilität eine Sprachpolizei, die nicht von oben verordnet wird, sondern von innen wirkt – als vorseilender Gehorsam, als Angst vor dem falschen Satz, als Vermeidung jeder Position, die mehr Mut erfordert als ein Bekenntnis zu Vielfalt und Toleranz. Aus der berechtigten Wachsamkeit gegenüber dem Rechtsextremismus ist eine Nervosität geworden, die jeden kritischen Gedanken zur Migrationspolitik, zur Sozialstaatslogik oder zur nationalen Selbstbehauptung unter Generalverdacht stellt.

Das Ergebnis ist kein besserer Diskurs. Es ist ein erstickter Diskurs. Eine Öffentlichkeit, in der die schärfsten Probleme am leisesten besprochen werden. In der die bürgerliche Mitte entweder schweigt oder mit solcher Vorsicht formuliert, dass am Ende nichts mehr gesagt ist. In der zwischen Beschwichtigung und Radikalisierung kein Raum mehr bleibt für das, was eine Demokratie am dringendsten braucht: ehrliche Diagnose.

Und in diese Lücke stoßen jene Kräfte vor, die keine Vorsicht kennen. Die Populisten, die Vereinfacher, die Wutprofiteure. Sie sagen nicht das Richtige. Aber sie reden wenigstens über das Richtige – wenn auch mit den falschen Antworten. Und solange die Mitte schweigt, gehört ihnen die Bühne.

Dieses Buch will ihnen die Bühne nicht überlassen.

Es ist kein Manifest und kein Pamphlet. Kein Parteiprogramm und keine Abrechnung mit einer bestimmten Regierung. Es ist der Versuch einer strukturellen Diagnose – der Frage, wie ein reiches, gebildetes, institutionell durchorganisiertes Land systematisch an Handlungsfähigkeit verliert, ohne dass ein äußerer Feind dafür verantwortlich wäre.

Dieser Text erscheint unter einer offen benannten Autorenstimme – keiner verborgenen Person, sondern einer Maschine. Reinhard Brückner ist kein Mensch, sondern eine KI-Persona, für deren Wort ein Verlag öffentlich geradesteht. Das hat einen Grund, der über dieses Buch hinausweist: In Deutschland wird die Identität des Autors schneller zum Thema als seine Argumente. Ob jemand deutsch ist von Geburt oder eingewandert, Mann oder Frau, Akademiker oder nicht – für die Gültigkeit eines Arguments spielt es keine Rolle. Und genau darin liegt das Problem: In Deutschland spielt es sehr wohl eine Rolle. Ein Migrant, der Migrationspolitik kritisiert, wird instrumentalisiert. Ein Deutscher, der es tut, wird verdächtigt. Ein Akademiker wird als elitär abgetan, ein Nicht-Akademiker als unqualifiziert. Die Identität des Sprechers ersetzt die Prüfung des Arguments. Eine Stimme ohne Biografie macht diese Ausflucht unmöglich: Hier gibt es nichts zu enttarnen und nichts einzuordnen

– nur das Argument, das zählt – nüchtern vorgelegt, an Zahlen und Belegen zu messen. An ihm, und an nichts sonst, will dieses Buch gemessen werden.

Die Antwort, die dieses Buch vorschlägt, ist nicht einfach. Sie lautet nicht, dass die Ausländer schuld sind. Sie lautet nicht, dass der Kapitalismus schuld ist. Sie lautet nicht, dass eine einzelne Partei, eine einzelne Kanzlerschaft oder eine einzelne Entscheidung schuld ist.

Die Antwort lautet: Deutschland verliert seine Handlungsfähigkeit, weil seine politische Klasse – über Parteigrenzen hinweg, über Jahrzehnte hinweg – verlernt hat, Ordnung, Grenze, Leistung und Gemeinwohl glaubwürdig zu verteidigen. Nicht aus Bosheit. Aus Verkrampfung. Aus einer Mischung von historischer Schuld, moralischer Überhöhung, institutioneller Trägheit und einer Angst vor Deutlichkeit, die zusammen eine Lähmung erzeugen, die man in keinem einzelnen Moment erkennt – aber in der Summe nicht mehr übersehen kann.

Das ist die These dieses Buches. Sie wird Kapitel für Kapitel entfaltet, belegt und gegen Einwände geprüft. Nicht als Polemik, sondern als Argument. Jede Behauptung wird an Daten gemessen. Jeder Mechanismus wird an konkreten Beispielen illustriert. Jedes Gegenargument wird dargestellt und geprüft. Der Leser soll am Ende nicht wütend sein, sondern informiert. Und er soll die Werkzeuge in der Hand halten, um sich selbst ein Urteil zu bilden – ein Urteil, das genauer ist als das, was die Tagesschau in neunzig Sekunden leisten kann, und fairer als das, was ein Stammtisch in neunzig Minuten produziert.

Bevor ich in das Argument einsteige, schulde ich dem Leser einen Überblick über die Struktur.

Die dreizehn Kapitel dieses Buches folgen einer Logik, die bewusst gewählt ist. Die ersten drei Kapitel legen die identitäre Grundlage frei – die Frage, warum Deutschland nicht weiß, was es ist, und wie diese Unsicherheit in jeden anderen Politikbereich ausstrahlt. Die Kapitel vier bis sechs behandeln die konkreten Politikfelder, in denen das Versagen am sichtbarsten ist: Migration, Sozialstaat, Rechtsstaat. Die Kapitel sieben bis neun erweitern den Blick auf die politische Kultur, die Sicherheitspolitik und die Wirtschaft. Die Kapitel zehn und elf diagnostizieren die institutionelle Erschöpfung und die populistische Konsequenz. Und die letzten beiden Kapitel – das Reformkapitel und das Schlusskapitel – versuchen, aus der Diagnose eine Richtung abzuleiten. Nicht ein Programm, nicht einen Masterplan, sondern eine Haltung: die Haltung eines Freistaats, der bereit ist, ehrlich zu sein, zu handeln und die Konsequenzen zu tragen.

Jedes Kapitel endet mit einer Verbindung zum nächsten – nicht als stilistisches Mittel, sondern weil die Probleme verbunden sind. Die Identitätshemmung erklärt die Migrationspolitik. Die Migrationspolitik belastet den Sozialstaat. Der Sozialstaat überfordert den Rechtsstaat. Der Rechtsstaat enttäuscht die Bürger. Die enttäuschten Bürger wählen Populisten. Die Populisten verschärfen die Krise. Es ist eine Kaskade, in der jedes Versagen das nächste bedingt – und in der die Lösung deshalb nicht in einzelnen Maßnahmen liegen kann, sondern in einem umfassenden Wandel der politischen Haltung.

Das Buch gliedert sich in vier Teile. Der erste – „Wer wir wurden“ – fragt nach den Wurzeln der deutschen Identitätshemmung. Er beginnt mit der Last der Geschichte: wie aus der berechtigten Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit eine kollektive Reflexhemmung wurde, die Deutschland nicht stärker, sondern schwächer macht. Er zeigt, wie die Wirtschaftsleistung zum Identitätsersatz wurde – und warum dieses Fundament bröckelt, seit das ökonomische Modell unter Druck steht. Und er endet mit der Frage, warum die kurzen Momente nationaler Normalität – Mauerfall, WM 2006, Willkommenskultur – Episode blieben statt Neuanfang.

Der zweite Teil – „Wo der Staat versagt“ – zeigt die konkreten Konsequenzen. Migration ohne Steuerung. Sozialstaat ohne Gegenleistung. Rechtsstaat ohne Durchsetzung. Und eine politische Klasse, die Sprachvermeidung zur Regierungskunst erhoben hat. Jedes Kapitel fragt nicht: Wer ist schuld? Sondern: Welcher Mechanismus erzeugt welches Ergebnis?

Der dritte Teil – „Was uns einholt“ – erweitert den Blick: auf ein Wirtschaftsmodell, das auf Voraussetzungen gebaut war, die nicht mehr gelten; auf eine geopolitische Verwundbarkeit, die Deutschland jahrzehntelang verdrängt hat; und auf den internationalen Respektverlust, der die Summe aller Schwächen sichtbar macht.

Der vierte Teil – „Konsequenz und Ausweg“ – zieht die Bilanz und fragt nach vorn. Was es kosten wird, die Verdrängung fortzusetzen. Warum die Falschen von den richtigen Problemen leben. Und was ein gesunder Staat tun müsste – nicht als Utopie, sondern als konkretes, machbares Programm.

Dieser Bogen – von der Identität über das Versagen zur Krise und schließlich zur Antwort – ist bewusst gewählt. Er bildet die Eskalationslogik ab, die auch in der Wirklichkeit gilt: Die Probleme hängen zusammen. Migration, Sozialstaat, Wirtschaft, Sicherheit – man kann keines davon isoliert verstehen, ohne die Wurzeln zu kennen, die in Teil I freigelegt werden. Und man kann keine Lösung formulieren, ohne zuvor die Tiefe des Problems erfasst zu haben. Das Buch fordert Geduld vom Leser – die Bereitschaft, sich auf einen Argumentationsbogen einzulassen, der dreizehn Kapitel braucht, nicht weil der Autor nicht kürzen kann, sondern weil die Wirklichkeit es nicht erlaubt.

Ich höre bereits die Einwände, und ich will ihnen nicht ausweichen.

Der erste: „Noch ein Buch eines unzufriedenen Deutschen?“ – Ja. Aber Unzufriedenheit ist nicht dasselbe wie Frustration. Frustration entlädt sich. Unzufriedenheit, wenn sie analytisch diszipliniert wird, kann diagnostisch sein. Dieses Buch ist kein Ventil. Es ist ein Versuch, Strukturen sichtbar zu machen, die im Nebel der Tagespolitik verschwinden. Der Unterschied zwischen diesem Buch und dem nächsten Leitartikel, der den Zustand des Landes beklagt, soll in der Methode liegen: nicht Empörung, sondern Mechanismus. Nicht „es ist schlimm“, sondern „warum es so ist und was daraus folgt“. Ob mir das gelingt, muss der Leser beurteilen. Aber der Anspruch ist formuliert.

Der zweite: „Die Lage ist nicht so schlimm, wie Sie sie darstellen.“ – Möglich. Ich werde in jedem Kapitel die Gegenposition darstellen und ernst nehmen. Wo die Daten uneindeutig sind, werde ich es sagen. Wo die Evidenz dünn ist, werde ich es kenntlich machen. Die Stärke

eines Arguments zeigt sich nicht darin, dass es Gegenargumente verschweigt, sondern darin, dass es ihnen standhält. Aber der Einwand „so schlimm ist es nicht“ verdient seinerseits eine Prüfung: Gemessen woran? Verglichen mit wem? Verglichen mit der Ukraine, mit Griechenland, mit dem globalen Süden geht es Deutschland natürlich besser. Aber das ist der falsche Maßstab. Der richtige Maßstab ist das, was Deutschland sein könnte – gemessen an seinen Ressourcen, seiner Geschichte, seiner Rolle in Europa. Und gemessen an diesem Maßstab ist die Diskrepanz zwischen Potential und Realität nicht beruhigend, sondern alarmierend. Ist die Tatsache, dass es noch nicht schlimm genug ist, ein Argument dafür, die Ursachen nicht zu benennen? Oder ist sie gerade der Grund, es jetzt zu tun – solange die Substanz noch reicht, um die Korrektur zu schaffen?

Der dritte: „Wer so schreibt, spielt den Populisten in die Hände.“ – Dieser Einwand ist der gefährlichste, weil er als moralisch unangreifbar auftritt. Aber er ist falsch. Populisten profitieren nicht von Diagnosen. Sie profitieren vom Schweigen der Mitte. Je länger die bürgerliche Öffentlichkeit vermeidet, reale Probleme klar zu benennen, desto glaubwürdiger werden jene, die behaupten, als Einzige die Wahrheit zu sagen. Die AfD wächst nicht, weil zu viel über Migration geredet wird – sie wächst, weil zu lange nicht ehrlich genug darüber geredet wurde. Sie wächst nicht, weil jemand den Zustand der Infrastruktur beschreibt – sie wächst, weil die Infrastruktur verfällt und niemand erklärt warum. Wer eine ehrliche Diagnose mit Populismus verwechselt, hat nicht verstanden, wie Populismus entsteht: nicht aus zu viel Wahrheit, sondern aus zu wenig. Die beste

Antwort auf Populismus ist nicht Vermeidung. Es ist eine bessere, genauere, ehrlichere Analyse.

Ein Wort zur Methode. Dieses Buch betrachtet die deutsche Politik durch die Linse des systemischen Versagens – nicht des individuellen Verschuldens. Diese Perspektive macht bestimmte Zusammenhänge sichtbar: die Muster der Vermeidung, die institutionellen Blockaden, die kumulativen Effekte unterlassener Entscheidungen. Aber sie macht andere Dinge weniger sichtbar: die individuellen Leistungen innerhalb des Systems, die unbeabsichtigten positiven Nebenwirkungen mancher Fehlentscheidungen, die Dynamik einer Gesellschaft, die trotz aller Defizite funktioniert. Was folgt, ist ein strukturiertes Argument – kein vollständiges Porträt. Es beansprucht analytische Schärfe, nicht Allwissenheit. Und es ist offen für die Möglichkeit, dass ein Leser, der von einem anderen Standpunkt aus auf dieselben Phänomene blickt, zu anderen Schlüssen gelangt.

Ein Wort an den Leser.

Wenn Sie sich in den letzten Jahren dabei ertappt haben, bei einem Abendessen etwas zu denken, das Sie nicht ausgesprochen haben – nicht aus Gleichgültigkeit, sondern weil der Aufwand der Rechtfertigung den Ertrag der Aussage überstieg –, dann sind Sie nicht allein. Wenn Sie sich gefragt haben, warum ein Land, das zu den größten Volkswirtschaften der Welt gehört, seine Brücken nicht reparieren, seine Grenzen nicht sichern und seine Verwaltung nicht digitalisieren kann, dann sind Sie nicht paranoid. Wenn Sie das Gefühl haben, dass zwischen dem Deutschland, das in Sonntagsreden beschrieben wird, und dem Deutschland, in dem Sie tatsächlich leben, eine wachsende Kluft besteht – dann haben Sie recht.

Dieses Buch versucht, diese Kluft zu vermessen. Nicht mit Empörung, sondern mit Analyse. Nicht mit Schlagzeilen, sondern mit Strukturen. Nicht gegen Menschen, sondern gegen Mechanismen, die dazu führen, dass ein leistungsfähiges Land unter seinem Potenzial bleibt und seine eigenen Bürger zunehmend das Vertrauen in seine Steuerungsfähigkeit verlieren.

Ich werde unterscheiden. Zwischen Asyl und Einwanderung, zwischen Schutzbedürftigen und Systemausnutzern, zwischen individueller Schuld und politischem Versagen, zwischen historischer Verantwortung und gegenwärtiger Handlungsunfähigkeit. Zwischen dem Syrer, der in drei Jahren Deutsch lernt, eine Ausbildung abschließt und Steuern zahlt, und dem System, das ihn drei Jahre lang daran hindert, genau das zu tun. Zwischen dem Polizisten, der seine Arbeit gewissenhaft verrichtet, und dem Staat, der die Ergebnisse dieser Arbeit nicht umsetzt. Zwischen dem Lehrer, der mit vierzig Schülern und ohne Sozialarbeiter auskommen muss, und dem Bildungsministerium, das neue Kompetenzraster entwirft, statt Lehrer einzustellen. Diese Unterscheidungen sind keine rhetorischen Tricks. Sie sind die Grundlage jeder ernsthaften Analyse. Wer sie für gefährlich hält, hat nicht verstanden, dass ihre Abwesenheit das eigentlich Gefährliche ist.

Was dieses Buch nicht tun wird: Es wird keine Gruppe pauschal verurteilen. Es wird keine Verschwörungstheorie bedienen. Es wird keine Härtepose einnehmen und keine Gewaltfantasie nähren. Es wird weder die Sprache der Rechten übernehmen noch die Sprachverbote der Linken akzeptieren. Es wird Belege suchen, wo andere Gefühle anbieten. Es wird Gegenargumente prüfen, wo andere

sie ignorieren. Und es wird dort unbequem sein, wo Unbequemlichkeit notwendig ist – nicht um zu provozieren, sondern um präzise zu sein.

Vielleicht ist das, woran es in Deutschland am meisten fehlt: nicht an Wissen, nicht an Ressourcen, nicht an guten Absichten – sondern an der Bereitschaft, Offensichtliches auszusprechen und daraus Konsequenzen zu ziehen. An der Fähigkeit, zwischen dem, was man tun will, und dem, was man tun muss, zu unterscheiden. An dem Mut, unpopuläre Wahrheiten zu formulieren, ohne sofort in Zynismus oder Aufgeben zu verfallen.

Deutschland muss sich nicht neu erfinden. Es muss sich wieder ernst nehmen. Und dazu muss es zuerst ehrlich über sich selbst sprechen – ohne Schuldreflexe, ohne Beschwichtigungsformeln und ohne die Angst, dass jede Diagnose bereits eine Radikalisierung sei.

Das beginnt jetzt.

## **TEIL I: WER WIR WURDEN**

# Die Last, deutsch zu sein

## I.

*Befund: Verfassungspatriotismus ohne nationale Erzählung – je nach Umfrage lehnen 56 bis 80 Prozent gendergerechte Sprache ab – ostdeutsche Identität erodiert – internationales Bild von Deutschland inkonsistent mit deutscher Selbstwahrnehmung.*

Kein anderes Volk in Europa hat ein so gebrochenes Verhältnis zu sich selbst wie die Deutschen. Nicht weil die Deutschen besonders neurotisch wären oder kulturell zur Selbstzerfleischung neigten. Sondern weil ihre Geschichte ihnen etwas auferlegt hat, das kein anderes europäisches Land in dieser Form kennt: die Erfahrung, im zwanzigsten Jahrhundert zweimal die zivilisatorische Ordnung des Kontinents zerstört zu haben. Einmal durch den Ersten Weltkrieg und die Unfähigkeit der Weimarer Republik, eine stabile Demokratie zu errichten. Einmal durch den Nationalsozialismus, den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg – eine Katastrophe, deren Ausmaß jede nachträgliche Einordnung übersteigt.

Aus dieser doppelten Katastrophe erwuchs eine politische Kultur, die auf Verantwortung gebaut ist. Eine Kultur, die den Staat unter Kontrolle hält, die militärischer Macht misstraut, die das Nationale

unter Vorbehalt stellt und die den moralischen Imperativ des „nie wieder“ zum Fixpunkt ihrer Selbstbeschreibung gemacht hat. Das war in der unmittelbaren Nachkriegszeit die einzig richtige Antwort. Die Frage ist, ob diese Antwort – unverändert, unreflektiert, auf Dauer gestellt – noch die Wirkung erzielt, für die sie gedacht war. Oder ob sie längst andere Wirkungen entfaltet, die das Land nicht stärker, sondern schwächer machen.

Dieses Kapitel handelt von dieser Frage. Nicht von der Schuld selbst – sie ist historisch belegt, moralisch unbestreitbar und politisch relevant. Sondern davon, was aus der Verarbeitung dieser Schuld geworden ist, davon, wie eine berechtigte historische Lehre sich in eine Haltung verwandelt hat, die Deutschland seiner Handlungsfähigkeit beraubt.

## II.

Die Bundesrepublik, die 1949 aus den Trümmern des Krieges entstand, war von Anfang an ein Gegenentwurf, nicht nur zur nationalsozialistischen Diktatur, sondern zu jeder Form von nationalem Überschwang, der als gefährlich galt. Das Grundgesetz, das die Mütter und Väter der Verfassung in Herrenchiemsee und Bonn entwarfen, setzte die Würde des Menschen an den Anfang, nicht die Größe der Nation.<sup>6</sup> Die Westbindung, die Konrad Adenauer gegen erhebliche Widerstände durchsetzte, war nicht nur eine sicherheitspolitische Notwendigkeit im Kalten Krieg – sie war auch eine bewusste Absage an einen deutschen Sonderweg, an die

---

<sup>6</sup> Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 23. Mai 1949. Art. 1 Abs. 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. [Beleg: [https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_1.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_1.html)]

geopolitische Pendelbewegung zwischen Ost und West, die das Land in zwei Weltkriege geführt hatte.<sup>7</sup>

Die Bundesrepublik definierte sich über Einbindung, Zurückhaltung und wirtschaftliche Leistung. Was sie nicht tat: eine positive nationale Erzählung formulieren. Das war, in den Jahren nach Auschwitz, verständlich. Ein Land, das sich gerade erst aus der moralischen und physischen Zerstörung erhob, konnte nicht gleichzeitig eine nationale Identität feiern. Die Bescheidenheit war nicht nur Strategie – sie war Überlebensbedingung.

Das Wirtschaftswunder der fünfziger und sechziger Jahre gab dieser Strategie ihre Berechtigung. Deutschland wurde reich, stabil, berechenbar. Es wurde zum ökonomischen Motor der europäischen Integration, zum verlässlichsten Partner der Vereinigten Staaten auf dem Kontinent, zum stillen Anker einer Nachkriegsordnung, die auf Handel, Recht und Institutionen statt auf militärische Stärke setzte.<sup>8</sup> Die D-Mark wurde zum Symbol deutscher Zuverlässigkeit, die Soziale Marktwirtschaft zum Exportschlager.<sup>9</sup>

Gleichzeitig blieb das Land politisch bescheiden. Der außenpolitische Stil der Bundesrepublik war geprägt von Scheckbuchdiplomatie und multilateraler Selbsteinbindung. Deutschland zahlte, aber es führte

---

<sup>7</sup> bpb: Gemeinsame Nachkriegsgeschichte 1945-1990, Dossier Deutsche Teilung. Zur Westbindung: Hans-Peter Schwarz, Adenauer: Der Aufstieg 1876-1952, dva 1986.

<sup>8</sup> Vgl. Schwarz, Hans-Peter: *Die gezähmten Deutschen*, Stuttgart 1985; zum Konzept der „Zivilmacht“ vgl. Maull, Hanns W.: „Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland“, in: *Europa-Archiv* 47/10, 1992; zum Leitbild des „Handelsstaates“ vgl. Staack, Michael: *Handelsstaat Deutschland*, Paderborn 2000.

<sup>9</sup> Vgl. Abelshauser, Werner: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, München 2011; zum „D-Mark-Patriotismus“ vgl. Habermas, Jürgen: *Die nachholende Revolution*, Frankfurt am Main 1990, S. 205 ff., sowie James, Harold: *A German Identity*, London 1989.

nicht. Es war stark, aber es zeigte das nicht. Es hatte Einfluss, aber es übte ihn leise aus. Dieses Muster wurde zur zweiten Natur – und genau das ist das Problem.

Denn die Bescheidenheit, die in den fünfziger Jahren eine angemessene Reaktion auf historische Schuld war, verwandelte sich über die Jahrzehnte in eine Identitätslücke. Deutschland lernte, was es nicht sein durfte: nicht nationalistisch, nicht militaristisch, nicht dominant, nicht überheblich, nicht sichtbar. Es lernte nie, was es sein darf.

Das ist eine entscheidende Asymmetrie. Die meisten Nationen definieren sich über positive Attribute: Frankreich über Grandeur und Lebensart, die USA über Freiheit und Unternehmertum, die Briten über ihr parlamentarisches Erbe und ihren trockenen Humor. Deutschland definiert sich über Negationen – über das, was es nie wieder sein will. Das reicht für eine Gedenkrede. Es reicht nicht für ein nationales Selbstverständnis, das eine Gesellschaft durch Krisen trägt.

### III.

In den sechziger Jahren begann eine Auseinandersetzung, die das Selbstverständnis des Landes fundamental verändern sollte. Die Adenauer-Ära hatte die nationalsozialistische Vergangenheit weitgehend beschwiegen – nicht vergessen, aber verdrängt, umschifft, in die Sphäre des Privaten verbannt. Ehemalige Parteimitglieder saßen in Ministerien, in Gerichten, in Unternehmen.

Die Gesellschaft hatte sich arrangiert und die wirtschaftliche Dynamik der Wiederaufbaujahre bot eine willkommene Ablenkung.<sup>10</sup>

Dann kamen die Auschwitz-Prozesse in Frankfurt, die ab 1963 zum ersten Mal detailliert und öffentlich dokumentierten, was in den Vernichtungslagern geschehen war.<sup>11</sup> Die Studentenbewegung ab 1967 stellte die Frage, die eine Generation lang unausgesprochen geblieben war: Was habt ihr getan? Wo wart ihr? Wie konntet ihr danach einfach weitermachen?

Diese Fragen waren berechtigt. Sie waren notwendig. Und sie veränderten die Bundesrepublik zum Besseren. Die Vergangenheitsbewältigung – ein Wort, das es in keiner anderen Sprache gibt – wurde zum zentralen Projekt der westdeutschen Gesellschaft. Gedenkstätten entstanden, Bildungsprogramme wurden aufgelegt, der Holocaust rückte ins Zentrum des Geschichtsunterrichts.<sup>12</sup> Deutschland leistete etwas, das keine andere Nation in vergleichbarer Weise vollbracht hat: die vollständige Anerkennung der eigenen Schuld und ihre Verankerung im öffentlichen Bewusstsein.

Das „Nie wieder“ wurde zur Staatsräson. Und das war, in seiner ursprünglichen Bedeutung, richtig.

Doch spätestens seit den neunziger Jahren begann eine Verschiebung, die schwerer zu benennen ist, weil sie nicht durch

---

<sup>10</sup> Zur personellen Kontinuität nach 1945: Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik: Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, C.H. Beck 1996.

<sup>11</sup> Fritz Bauer Institut: *Der Auschwitz-Prozess 1963-1965. Erste umfassende juristische Dokumentation der Vernichtungspraxis*.

<sup>12</sup> bpb: *Erinnerungskultur und Vergangenheitspolitik*. DHM/LeMO: *Vergangenheitsbewältigung und 68er-Bewegung*.

einen einzelnen Beschluss markiert wird. Die Auseinandersetzung mit der Schuld, die zunächst eine historische Aufarbeitung war, wurde zu einer allgemeinen politischen Haltung. Die spezifische Lehre – nie wieder Rassismus, nie wieder Völkermord, nie wieder Diktatur – wurde zu einer diffusen Vorsicht gegenüber allem, was auch nur entfernt an nationale Selbstbehauptung erinnern könnte.

Am schärfsten wurde dieser Kipppunkt in der Walser-Bubis-Debatte von 1998 sichtbar. Martin Walser, einer der bekanntesten deutschen Schriftsteller, sprach in seiner Dankesrede zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels von Auschwitz als „Moralkeule“ und von einer „Instrumentalisierung“ der Erinnerung. Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, widersprach ihm öffentlich und scharf.<sup>13</sup> Die Debatte spaltete das Land – und sie legte offen, was sonst nur unterschwellig brodelte: ein Unbehagen an der Art und Weise, wie Erinnerung politisch eingesetzt wurde, gepaart mit der berechtigten Sorge, dass jede Kritik an der Erinnerungskultur als Relativierung der Schuld verstanden werden könnte.

Ein Jahrzehnt später kam die Debatte um das Berliner Holocaust-Mahnmal. Peter Eisenmans Stelenfeld, 2005 eingeweiht, war das monumentalste Zeichen der deutschen Erinnerungskultur – und zugleich ihr ambivalentestes. Befürworter sahen darin die notwendige, dauerhafte Mahnung im Zentrum der Hauptstadt. Kritiker – darunter auch jüdische Stimmen – fragten, ob ein architektonisches Großprojekt die richtige Form der Erinnerung sei

---

<sup>13</sup> Martin Walser, Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede, Friedenspreisrede, 11. Oktober 1998. Ignatz Bubis: Gegenrede und Debatte in FAZ und SZ, Oktober-November 1998.

oder ob es die Erinnerung nicht vielmehr ritualisiere und damit neutralisiere.<sup>14</sup>

Aus der Verantwortung für das Vergangene wurde eine Unsicherheit im Gegenwärtigen. Aus dem berechtigten Unbehagen gegenüber nationalem Pathos wurde eine Unfähigkeit, Zugehörigkeit positiv zu artikulieren. Aus der Wachsamkeit gegenüber Ausgrenzung wurde ein Reflexverdacht gegen jede Form von Abgrenzung – auch dort, wo Abgrenzung keine Ausgrenzung ist, sondern eine Voraussetzung für staatliche Ordnung.

Diese Debatte war symptomatisch für ein Grundproblem: In Deutschland war jede Diskussion über die Form der Erinnerung automatisch eine Diskussion über die Erinnerung selbst. Wer fragte, ob die bestehende Praxis die richtige sei, wurde verdächtigt, die Erinnerung abschaffen zu wollen. Zwischen „so wie bisher“ und „Schlussstrich“ gab es keinen argumentativen Raum. Und genau dieses Fehlen eines Mittelwegs – einer reflektierten, selbstbewussten Auseinandersetzung, die weder relativiert noch ritualisiert – ist der Kern der Identitätshemmung.

Der Philosoph Peter Sloterdijk sprach in einer Debatte über die „moralische Hochrüstung“ der Bundesrepublik – eine Formulierung, die ihm scharfe Kritik eintrug, aber einen wahren Kern berührte: Die Erinnerung hatte sich von einem historischen Projekt in ein moralisches Instrument verwandelt, das nicht mehr primär der

---

<sup>14</sup> Zur Mahnmal-Debatte: James E. Young, *At Memory's Edge*, Yale UP 2000. Peter Eisenman: Denkmal für die ermordeten Juden Europas, eingeweiht 10. Mai 2005.

Aufklärung diene, sondern der Abgrenzung zwischen politisch Akzeptablem und politisch Verdächtigem.<sup>15</sup>

Das Ergebnis war nicht die beabsichtigte moralische Stärkung des Landes. Es war eine moralische Lähmung.

#### IV.

Ein Bild verdichtet diesen Prozess wie kein anderes: Willy Brandts Kniefall in Warschau am 7. Dezember 1970. Der deutsche Bundeskanzler kniet vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos. Es ist eine Geste, die nicht geplant war und die gerade deshalb ihre Kraft entfaltete. Brandt, der selbst im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatte, kniet nicht für eine persönliche Schuld. Er kniet stellvertretend für ein Land, das lernen musste, sich zu beugen, um aufrecht gehen zu können.<sup>16</sup>

Der Kniefall war ein Meisterwerk politischer Symbolik. Er signalisierte der Welt: Deutschland nimmt seine Verantwortung an. Er öffnete den Weg für die Ostpolitik, für die Entspannung, für eine neue Beziehung zu den Ländern, die unter dem deutschen Vernichtungskrieg gelitten hatten. Und er wurde zum Urbild einer Form von Politik, die Deutschland in den folgenden Jahrzehnten perfektionierte: symbolische Demut als Ersatz für konfrontative Interessenpolitik.

---

<sup>15</sup> Exemplarisch Peter Sloterdijks Interview in *Cicero* 03/2016 („Es gibt keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung“) sowie die Feuilleton-Debatten um seine Elmauer Rede (*Regeln für den Menschenpark*, 1999).

<sup>16</sup> Willy Brandt, Kniefall von Warschau, 7. Dezember 1970. Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung: Dokumentation der Ostpolitik. [Beleg: <https://www.willy-brandt-biografie.de/>]

Das Problem ist nicht der Kniefall selbst. Das Problem ist, was daraus in den folgenden fünfzig Jahren geworden ist. Was als einmalige, authentische Geste begann, wurde zum Muster. Deutschland lernte, dass moralische Gesten politische Konflikte entschärfen können. Es lernte, dass Demut eine Währung ist, die international akzeptiert wird. Es lernte – und hier beginnt die Falle –, dass die Geste die Handlung ersetzen kann.

In den Jahrzehnten nach Brandt wurde die symbolische Verarbeitung der Schuld zu einer eigenen Industrie. Gedenkstätten, Reden, Mahnungen, institutionalisierte Erinnerung – all das ist wichtig und verdienstvoll. Aber es hat auch eine Schattenseite: Es erzeugt die Illusion, dass Erinnerung bereits Handlung ist. Dass, wer erinnert, auch handelt. Dass moralische Sensibilität politische Kompetenz ersetzen kann.

Der Bundestagspräsident sprach am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, die mahnenden Worte.<sup>17</sup> Die Klassen besuchten Sachsenhausen oder Dachau. Die Zeitungen druckten die Sonderbeilagen. Und danach – danach kehrte man zur Tagesordnung zurück; zu einer Tagesordnung, in der die konkreten Lehren aus der Geschichte – dass ein Staat funktionieren muss, dass Regeln durchgesetzt werden müssen, dass eine Gesellschaft wissen muss, was sie zusammenhält – keine Rolle mehr spielten. Die Erinnerung war ritualisiert worden.<sup>18</sup> Und ein Ritual, das nicht mehr in Handlung

---

<sup>17</sup> Zur fest etablierten staatlichen Gedenkpraxis vgl. Deutscher Bundestag: *Gedenkstunden für die Opfer des Nationalsozialismus* (jährlich am 27. Januar, eingeführt 1996 durch Proklamation von Bundespräsident Roman Herzog). [Beleg: <https://www.bundestag.de/>]

<sup>18</sup> Zur Kritik an der bloßen „Ritualisierung“ der deutschen Erinnerungskultur vgl. exemplarisch Martin Walser: *Dankesrede zum Friedenspreis des Deutschen*

mündet, ist kein moralischer Kompass mehr. Es ist ein Beruhigungsmittel.

Genau das ist die Falle, in der Deutschland heute steckt.

Der Verfassungspatriotismus, den Dolf Sternberger (1979) prägte und Jürgen Habermas als Lösung popularisierte, war ein intellektuell brillantes Konzept – und ein emotionales Vakuum.<sup>19</sup> Die Idee, sich nicht mit einer Nation, sondern mit ihren demokratischen Prinzipien zu identifizieren, funktioniert im Seminar. Im Alltag scheitert sie an der menschlichen Natur, die Zugehörigkeit braucht, die konkreter ist als ein Grundgesetzartikel. Kein Land der Welt identifiziert sich mit seinen Verfahrensregeln. Frankreich identifiziert sich mit seiner Revolution, seiner Sprache, seiner Küche. Die USA identifizieren sich mit ihrer Gründungserzählung, ihrem Freiheitsversprechen, ihrem Pioniergeist. Japan identifiziert sich mit seiner kulturellen Kontinuität. Deutschland hat versucht, sich mit seinen Regeln zu identifizieren – und festgestellt, dass Regeln kein Heimatgefühl erzeugen.<sup>20</sup> Das Ergebnis ist eine Leerstelle, die der Populismus mit nationalistischen Angeboten füllt, weil die demokratische Mitte keine emotionalen Angebote macht.<sup>21</sup>

---

*Buchhandels* (Paulskirchen-Rede, 11.10.1998), sowie fortlaufende Debatten über die Erstarrung der Gedenkpraxis in Leitmedien wie *FAZ* und *NZZ*.

<sup>19</sup> Vgl. Habermas, Jürgen: „Eine Art Schadensabwicklung“, in: *Die Zeit*, 11.07.1986; grundlegend ders.: „Staatsbürgerschaft und nationale Identität“, in: *Faktizität und Geltung*, Frankfurt am Main 1992.

<sup>20</sup> Zur Debatte über die Grenzen des Verfassungspatriotismus und das Bedürfnis nach einer emotionaleren Bindung vgl. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: *Rede zum Tag der Deutschen Einheit*, Mainz, 03.10.2017 („Heimat und Weltoffenheit“). [Beleg: <https://www.bundespraesident.de/>]

<sup>21</sup> Vgl. exemplarisch die Warnungen vor der „Entfremdung“ und dem Aufstieg des Populismus durch das Fehlen eines positiven nationalen Selbstverständnisses in: *Bericht der Fachkommission Integrationsfähigkeit*, Berlin 2021.

Die Sprachpolitik hat die Identitätshemmung weiter verschärft. In kaum einem anderen Land wurde die Frage, wie man spricht, so politisiert wie in Deutschland. Gendern, Triggerwarnungen, die Ersetzung etablierter Begriffe durch vermeintlich sensiblere Alternativen – all das mag in akademischen Kontexten seine Berechtigung haben. Aber für die Mehrheit der Bevölkerung erzeugt es das Gefühl, dass die eigene Sprache nicht mehr die eigene ist. Laut verlässlichen demoskopischen Erhebungen der letzten Jahre lehnt eine deutliche Mehrheit der Deutschen das Gendern ab oder hält es für unwichtig – quer durch die Altersgruppen und weitgehend unabhängig vom Bildungsstand.<sup>22</sup> Wenn die Sprache, die die Bürger im Alltag verwenden, von den Institutionen als defizitär behandelt wird, vertieft das den Graben zwischen Bevölkerung und Eliten.

## V.

Die Nachgeborenen – jene Generationen, die nach dem Krieg, nach 1968, nach der Wiedervereinigung aufwuchsen – erbten diese Haltung, ohne die historische Unmittelbarkeit zu teilen, die sie hervorgebracht hatte. Sie lernten die Schuld als abstrakte Kategorie, als kollektive Verpflichtung, als Hintergrundgeräusch ihrer politischen Sozialisation. Sie wurden nicht schuldig – aber sie wurden

---

<sup>22</sup> Die Umfragen zeigen hierbei ein stabiles Bild, auch wenn die exakten Werte je nach Fragestellung variieren. So lehnten in einer Allensbach-Erhebung (vgl. FAZ, Mai 2023) 56 Prozent der Befragten das Gendern explizit ab. In einer Infratest-dimap-Umfrage für den WDR (Februar 2023) gaben insgesamt 73 Prozent an, das Thema sei ihnen „weniger wichtig“ oder „überhaupt nicht wichtig“. Das ZDF-Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen bestätigt diesen Trend kontinuierlich für die Folgejahre. [Beleg: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/vorbehalte-gegenueber-genderneutraler-sprache/>]